

HINWEISE ZUM VERGABEVERFAHREN UND LEISTUNGSBESCHREIBUNG



Mikrobiologische Sicherheitswerkbank

Az.: VGS # 12/2026

1	Vorbemerkungen.....	2
2	Hinweise zum Vergabeverfahren.....	3
2.1	Hinweise zur Angebotserstellung.....	3
2.2	Nebenangebote / Hauptangebote	4
2.3	Nachweise zur Eignungsprüfung	4
2.4	Sonstige Erklärungen.....	6
2.5	Bewertung der Angebote / Zuschlagskriterien.....	7
3	Infektionsschutz	9
4	Leistungsbeschreibung	9
4.1	Kurzbeschreibung / Grundsätzliches.....	9
4.2	Leistungsgegenstand.....	10
4.2.1	Grundsätzliches	10
4.2.2	Weitere Anforderungen an das Produkt, an Komponenten / Einrichtungen.....	13
4.2.3	Inbetriebnahme, Betriebsbereitschaftserklärung, Probetrieb, Funktionsprüfung(en), Bestandsunterlagen, Einweisung, Abnahme	14
4.2.4	Einweisung	16
4.2.5	Weitere Pflichten des Auftragnehmers im Rahmen der Leistungserbringung	16
4.2.6	Einhaltung gesetzlicher Regelungen.....	18
4.2.7	Mängelhaftung.....	18
4.2.8	Ersatzteilverfügbarkeit / Nachlieferung.....	18
4.2.9	Gefahr- und Kostentragung	19
4.2.10	Aufstellungs- / Betriebsort.....	19
4.2.11	Termine und Fristen	19
4.2.12	Zahlungsbedingungen / Rechnungslegung	20
4.2.13	Verschwiegenheitsverpflichtung und Schutz personenbezogener Daten.....	21
4.2.14	Schlussbestimmungen.....	22
5	Preiszusammenstellung	24
6	Auflistung der Anlagen zur Leistungsbeschreibung	25

1 Vorbemerkungen

Im Rahmen des Forschungsprojektes „3D-Bioprint“ beabsichtigt der Auftraggeber die Beschaffung einer spezialisierten Sicherheitswerkbank zur Integration einer Biodruck-Anlage.

Die Herstellung humaner Gewebemodelle mittels 3D-Bioprinting erfordert eine lückenlose aseptische Prozessumgebung. Kernstück des Projektes ist der Einsatz eines „GeSIM BioScaffold 5.3“. Aufgrund der spezifischen Geometrie dieses Geräts sowie der besonderen baulichen Gegebenheiten am Aufstellungsort (ehemaliges Bürogebäude mit stark eingeschränkter Deckenhöhe sowie enger Einbringwege) erfüllen Standardlösungen die Anforderungen an den notwendigen Arbeitsraum bei diesbezüglicher Einhaltung der maximalen zulässigen Außenmaße nicht.

Gegenstand dieser Ausschreibung ist daher die Planung, Konstruktion, Lieferung, das Einbringen sowie die betriebsfertige Montage / Einbau / Aufstellung einer mikrobiologischen Sicherheitswerkbank (Klasse II gemäß DIN EN 12469), die eine Symbiose aus maximalem nutzbarem Innenraum (zur Aufnahme des Biodruckers) und minimierter Bauhöhe darstellt. Das angebotene System muss die normativen Anforderungen an den Produktschutz vollumfänglich erfüllen und gleichzeitig die spezifischen Mediendurchführungen für den Betrieb des Druckers gewährleisten. Darüber hinaus muss das System so ausgelegt sein, dass es über die definierten Transportweg in das Gebäude / den Aufstellungs- / Betriebsort eingebracht werden kann.

Auftraggeber ist die Technische Universität Dresden, Körperschaft des öffentlichen Rechts, ausführende Stelle: Medizinische Fakultät Carl Gustav Carus der Technischen Universität Dresden, vertreten durch das Universitätsklinikum Carl Gustav Carus Dresden an der Technischen Universität Dresden in Auftragsverwaltung für die Medizinische Fakultät Carl Gustav Carus der Technischen Universität Dresden.

Leistungsbestandteile sind unter anderem die Planung, Konstruktion, Lieferung, Einbringen sowie die betriebsbereite Montage / Einbau / Aufstellung, Erklärung der Betriebsbereitschaft, Überprüfung der bestimmungs- bzw. vertragsgemäßen Funktionsfähigkeit, betriebsbereite Abnahme, Mängelhaftung als auch die Einweisung des Personals.

Die Leistung hat nach Maßgabe der „Hinweise zum Vergabeverfahren und Leistungsbeschreibung“ inklusive Anlagen zu erfolgen. Es gelten ergänzend die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Universitätsklinikums Carl Gustav Carus Dresden an der TU Dresden (Anlage 1), die Bestimmungen der Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen



(„VOL/B“; in der Fassung vom 05. August 2003), welche durch die Zusätzlichen Vertragsbedingungen für Liefer- und Dienstleistungsaufträge des Universitätsklinikums Carl Gustav Carus Dresden an der TU Dresden (Anlage 2) ergänzt / konkretisiert werden, sowie wiederum ergänzend die Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) in der bei Zuschlagserteilung gültigen Fassung.

2 Hinweise zum Vergabeverfahren

2.1 Hinweise zur Angebotserstellung

Das Angebot ist gemäß den „Hinweisen zum Vergabeverfahren und Leistungsbeschreibung“ nebst Anlagen, der „Angebots- und Bewerbungsbedingungen“, welche weitere grundsätzliche Hinweise sowie Regelungen zum Vergabeverfahren enthalten, sowie unter Verwendung der Formblätter und unter Beachtung aller sonstigen Vergabeunterlagen zu erstellen.

Die in den Vergabeunterlagen aufgeführten Anforderungen stellen, sofern nicht explizit anders formuliert, Mindestanforderungen dar und sind zwingend einzuhalten.

An den in den Vergabeunterlagen, insbesondere den „Hinweisen zum Vergabeverfahren und Leistungsbeschreibung“ nebst Anlagen und sonstigen Formblättern, vorgesehenen Stellen sind jeweils zwingend die erforderlichen Eintragungen ordnungsgemäß und vollständig vorzunehmen.

Etwaige in den „Hinweisen zum Vergabeverfahren und Leistungsbeschreibung“ inklusive Anlagen oder den weiteren Vergabeunterlagen geforderte Unterlagen sind ebenfalls mit einzureichen.

Der Bieter hat grundsätzlich den gesamten Umfang der ausgeschriebenen Leistungen anzubieten.

Etwaiges - nach Ansicht des Bieters - sinnvolles Zubehör, Zusatzfunktionen etc. können auf gesonderter Anlage angeboten werden, sind jedoch gesondert auszureisen sowie detailliert zu erläutern. Der Auftragnehmer hat in diesem Zusammenhang keinen Anspruch auf eine Beauftragung. Der Auftraggeber behält sich die Inanspruchnahme / Beauftragung der entsprechenden Angebote ausdrücklich vor.



Dem Angebot ist ein **ausführliches Angebot** mit

- ausführlicher Beschreibung und Auflistung aller angebotenen Komponenten, Produkte, allem Zubehör, aller Leistungen, etc.

beizufügen.

Der Bieter hat den Auftraggeber vor Angebotsabgabe auf etwaige Fehler, Unklarheiten und / oder Widersprüche in den Vergabeunterlagen hinzuweisen.

Die Vergabeunterlagen und das gesamte Angebot nebst Anlagen werden im Falle des Zuschlages Vertragsbestandteil.

2.2 Nebenangebote / Hauptangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

Es ist die Abgabe von maximal einem (1) Hauptangebot zulässig.

2.3 Nachweise zur Eignungsprüfung

Zum Nachweis der Eignung sind mit dem Angebot die folgenden Nachweise einzureichen:

- Angaben zum Bieter (Angaben zur Firmenbezeichnung, zur Rechtsform, zu verbundenen Unternehmen, zur Firmenanschrift, zur Anzahl der während der letzten drei Kalenderjahre durchschnittlich beschäftigten Mitarbeitenden und Führungskräfte, zu den Umsätzen der letzten drei Geschäftsjahre (in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags)) gemäß Formblatt F1
- Referenzen zu den in den letzten drei Kalenderjahren erbrachten Leistungen, die mit der hier ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sind gemäß Formblatt F4 / Referenzliste gemäß Formblatt F4

Angaben über die Ausführung von Leistungen in den letzten drei Kalenderjahren (2023 – 2025 oder aktueller), die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind (insb. Angabe von Auftraggeber, Anschrift, Telefonnummer und Ansprechpartner*in des Auftraggebers, Durchführungszeitraum, Angabe der ausgeführten Leistungen) gemäß beiliegendem Formblatt F4 / Referenzliste gemäß Formblatt F4.



*(Hinweis: Das Formblatt F4 kann zur erforderlichen Angabe von mehreren Referenzen vervielfältigt werden. Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass anstatt einer konkreten Ansprechpartner*in des Referenz-Auftraggebers auch eine anonymisierte Möglichkeit zur (ersten) Kontaktaufnahme (bspw. Funktionspostfächer einer Abteilung) als ausreichend betrachtet wird und dementsprechend – wenn ein entsprechender, anonymisierter Kontakt angegeben wird – keine namentliche Benennung einer Ansprechpartner*in erfolgen muss.)*

Der Auftraggeber legt insbesondere Wert auf den Nachweis umfassender Erfahrungen bei der Ausführung der zu beschaffenden bzw. zu erbringenden Leistungen. Daher wird es für erforderlich gehalten, dass ein geeigneter Bieter bzw. der Auftragnehmer bereits über ausreichende Erfahrungen in der durch den Auftrag vorgegebenen finanziellen und technischen Größenordnung bzw. bei der Erbringung entsprechender Leistungen verfügt.

Dies ist nachzuweisen anhand von Referenzprojekten / Referenzaufträgen, deren Inhalt vergleichbar mit den zu beschaffenden Leistungen ist.

Es ist **mindestens ein vergleichbares Referenzprojekt bzw. ein vergleichbarer Referenzauftrag** anzugeben. Dabei sieht der Auftraggeber Referenzprojekte / Referenzaufträge als vergleichbar mit der ausgeschriebenen Leistung an, soweit Inhalt der angegebenen Referenzprojekte / Referenzaufträge die Herstellung, Lieferung, Aufstellung, betriebsbereite Abnahme einer Sicherheitswerkbank gewesen ist.

Es ist zu beachten, dass als Referenzprojekt / als Referenzauftrag nur Aufträge / Lieferungen angegeben werden können, in denen die auftragsgegenständlichen Leistungen bereits erbracht worden sind. Noch nicht abgeschlossene Lieferungsprojekte können dementsprechend nicht als Referenzprojekt / als Referenzauftrag berücksichtigt werden.

- Erklärung, dass derzeit eine Betriebshaftpflichtversicherung in marktüblichem Rahmen (Absicherung der auftragsspezifischen Risiken) besteht inkl. Angabe des Versicherungsunternehmens und Angabe des Versicherungsdeckungsumfangs sowie der -summen je Versicherungsfall und Zusicherung, dass die Haftpflichtversicherung während der gesamten Vertragslaufzeit aufrechterhalten wird, gemäß Formblatt F5.
- Formblatt F 6: Erklärung zu § 6 Abs. 5 VOL/A

Eigenerklärung, dass die Tatbestände des § 6 Abs. 5 VOL/A auf den Bieter nicht zutreffen (insbesondere Steuern und Abgaben sowie die Sozialversicherungsbeiträge zur Berufsgenossenschaft und Krankenversicherung ordnungsgemäß abgeführt werden) gemäß beiliegendem Formblatt.



- aktueller Handels-, Vereins- oder Firmenregistrauszug (nicht älter als sechs (6) Monate, Kopie ausreichend)

Für ausländische Bieter ist der Nachweis der Eignung auch durch amtliche Bescheinigungen gleichwertiger Art möglich. Nachweise in anderer als in deutscher Sprache sind mit einer beglaubigten Übersetzung abzugeben.

Sofern der Bieter für einzelne Leistungen Unterauftragnehmer beauftragt, sind die diesbezüglichen Festlegungen unter Ziffer 3.9 der Angebots- und Bewerbungsbedingungen zu beachten.

Für die Teilnehmer einer Bietergemeinschaft sind ebenfalls die entsprechenden, oben aufgeführten Nachweise einzureichen. Für jeden Teilnehmer sind separat und abhängig vom jeweils zu erbringenden Leistungsanteil die folgenden Nachweise einzureichen:

- Formblatt F1
- Formblatt F5
- Formblatt F6 (anstatt dem „Formblatt Angebot“ ist das Formblatt F6 zu verwenden, mit dem die Eigenerklärung zu den §§ 123, 124 GWB und weiteren spezialgesetzlichen Ausschlussgründen zu erbringen ist)
- aktueller Registrauszug (bspw. aus Handelsregister) oder Auszug aus dem Mitgliederverzeichnis der jeweiligen Berufskammern der Länder

Im Hinblick auf die folgenden Eignungsanforderungen erfolgt der diesbezügliche Nachweis und die Prüfung für die Bietergemeinschaft als solche und nicht für jeden Teilnehmer einer Bietergemeinschaft separat: Formblatt F4.

2.4 Sonstige Erklärungen

Des Weiteren sind mit dem Angebot die folgenden Nachweise einzureichen:

- Erklärung über die Einhaltung der Regelungen zur Zahlung eines Entgelts nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG) bzw. Arbeitnehmer-Entsendegesetz gemäß Formblatt F7

Darin erklärt der Bieter, dass er bei der Ausführung der Leistungen als Auftragnehmer seinen Beschäftigten den nach Maßgabe des MiLoG in der jeweils geltenden Fassung bzw. den nach Maßgabe der jeweils geltenden Mindestlohnanpassungsverordnung (Verordnung auf Grundlage des § 11 MiLoG) jeweilig gültigen Mindestlohn gewährt.



- ggf. Erklärung der Bietergemeinschaft gemäß Formblatt F2
- ggf. Benennung der Teile des Auftrags, die im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte vergeben werden sollen und ggf. Benennung der Unterauftragnehmer für die zu vergebenden Leistungen gemäß Formblatt F3

Sofern der Bieter für einzelne Leistungen Unterauftragnehmer beauftragt, sind die diesbezüglichen Festlegungen unter Ziffer 3.9 der Angebots- und Bewerbungsbedingungen zu beachten.

Für die Teilnehmer einer Bietergemeinschaft sind ebenfalls die entsprechenden Nachweise / Erklärungen - jeweils gesondert für jeden Teilnehmer - einzureichen.

2.5 Bewertung der Angebote / Zuschlagskriterien

Die Bewertung eines Angebotes findet nur statt, wenn alle in den Vergabeunterlagen geforderten Leistungen angeboten und bepreist werden. Andernfalls erfolgt ein Ausschluss des Angebotes von der Angebotswertung.

Die in den „Hinweisen zum Vergabeverfahren und Leistungsbeschreibung“ nebst Anlagen und den weiteren Vergabeunterlagen aufgeführten Anforderungen an die Produkte, an Komponenten und weiteren Leistungen stellen, sofern nicht explizit anders formuliert, Mindestanforderungen dar, die zwingend einzuhalten sind. Eine Nichteinhaltung dieser Anforderungen / Kriterien führt zum Ausschluss des Angebotes von der weiteren Angebotswertung.

Der Zuschlag ergeht auf das unter Berücksichtigung aller Umstände wirtschaftlichste Angebot.

Das wirtschaftlichste Angebot wird anhand des folgenden Zuschlagskriteriums ermittelt:

- Preis mit einer Gewichtung von **100%**.

Die Bewertung des Preises erfolgt auf Grundlage des in Punkt 5 „Preiszusammenstellung“ aufgeführten Brutto-Zahlbetrages.

Im Rahmen der Bewertung des Preises finden angebotene Skonti Berücksichtigung, soweit der Auftraggeber in der Lage ist, die angebotenen Zahlungsfristen einzuhalten (mindestens 21 Tage).



Hinweise für den Fall der Steuerschuldumkehr

Für den Fall der Steuerschuldumkehr (Übergang der Steuerschuldnerschaft auf den Auftraggeber / Leistungsempfänger; reverse charge) auf Grundlage der jeweils geltenden umsatzsteuerrechtlichen Vorgaben (§ 13 a und b UStG) gilt das Folgende:

Im Rahmen der Bewertung des Preises wird in diesem Fall ein Bewertungspreis berücksichtigt, der neben dem vom Auftraggeber an den Bieter / Auftragnehmer zu zahlenden Nettoangebotspreis (Netto-Summe, ggf. abzüglich Rabatt) auch die vom Auftraggeber zu tragende Umsatzsteuer und zwar unabhängig von der jeweils bestehenden persönlichen Steuerschuld erfasst (ggf. wird zusätzlich ein angebotener Skonto berücksichtigt.).

Durch den Bieter ist im Fall der Steuerschuldumkehr dementsprechend lediglich der vom Auftraggeber an den Bieter / Auftragnehmer zu zahlende *Nettoangebotspreis* (Netto-Summe, ggf. rabattierte Netto-Summe; die Netto-Summe entspricht sodann der Brutto-Summe; ggf. ist zusätzlich ein angebotener Skonto zu berücksichtigen) sowie die vom Auftraggeber zu tragende *Umsatzsteuer* (im Feld „Umsatzsteuer“ der Preiszusammenstellung) anzugeben.

Sofern der Bieter die vom Auftraggeber zu tragende Umsatzsteuer nicht angeben kann oder falsch angibt, erfolgt eine Korrektur bzw. die Berechnung der Umsatzsteuer durch den Auftraggeber auf Grundlage der angebotenen Netto-Summe / des angebotenen Nettoangebotspreises (ggf. abzüglich Rabatt). Der Bieter ist hierbei verpflichtet, dem Auftraggeber alle für die Berechnung der Umsatzsteuer ggf. notwendigen Angaben mitzuteilen.

Der vom Auftraggeber ermittelte Umsatzsteuerbetrag wird sodann im Rahmen der Bewertung der Preise berücksichtigt, d.h. dem Nettoangebotspreis (ggf. dem rabattierten Nettoangebotspreis) hinzugerechnet (ggf. wird ein zusätzlich angebotener Skonto berücksichtigt).



Bitte nachfolgend eine Eintragung vornehmen!

Steuerschuldumkehr Zutreffendes bitte ankreuzen!

☐ **Ja**, es erfolgt eine Steuerschuldumkehr.

☐ **Nein**, es erfolgt keine Steuerschuldumkehr.

3 Infektionsschutz

Es sind die insoweit jeweils geltenden diesbezüglichen Vorgaben des Auftraggebers und die jeweilig einschlägigen gesetzlichen Regelungen einzuhalten.

4 Leistungsbeschreibung

4.1 Kurzbeschreibung / Grundsätzliches

Gegenstand dieser Ausschreibung ist die Planung, Konstruktion, Lieferung, Einbringen sowie die betriebsfertige Montage / Einbau / Aufstellung einer mikrobiologischen Sicherheitswerkbank (Klasse II gemäß DIN EN 12469) in Sonderanfertigung nach Vorgaben / Zweckbestimmung der Leistungsbeschreibung. Das System dient als sterile Einhausung für den bereits bei Auftraggeber vorhandenen Biodrucker „GeSiM BioScaffolder 5.3“ und muss einen dauerhaften Reinraumzustand während des automatisierten Druckprozesses gewährleisten.

Aufgrund der Gerätehöhe (750 mm) und Tiefe (inkl. Verkabelung ca. 750 mm) ist ein deutlich vergrößerter Innenraum im Vergleich zu Standard-Sicherheitswerkbänken erforderlich.

Wegen der bauphysikalisch bedingten niedrigen Deckenhöhe des Laborgebäudes muss das Gehäuse (insbesondere das Filter-Fan-Unit-Modul) bei maximalem Innenraum eine extrem kompakte Gesamthöhe aufweisen.

Die Werkbank muss als Systemlösung fungieren, die spezifische Durchführungen für die Medienversorgung (Druckluft, Strom, Daten) des Biodruckers bereitstellt, ohne die sterile Barriere zu



beeinträchtigen. Die physikalische Systemintegration sowie das präzise Ausrichten des vorhandenen Druckers innerhalb der Werkbank erfolgen nach der Aufstellung in enger Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber.

Trotz der Gerätegröße muss eine ergonomische Bedienung und die Bestückung des Druckers durch das Personal jederzeit gewährleistet sein.

Die angebotene Lösung muss alle einschlägigen Normen für Reinraumtechnik und Arbeitssicherheit erfüllen und explizit für die Integration von automatisierten Laborsystemen ausgelegt sein.

4.2 Leistungsgegenstand

Gegenstand dieser Ausschreibung ist die Planung, Konstruktion, Lieferung, das Einbringen sowie die betriebsfertige Montage / Einbau / Aufstellung einer mikrobiologischen Sicherheitswerkbank (Klasse II gemäß DIN EN 12469) in Sonderanfertigung nach Vorgaben / Zweckbestimmung der Leistungsbeschreibung.

Das System dient der Aufnahme und dem Betrieb des 3D-Biodruckers „GeSiM BioScaffolder 5.3“. Ziel ist die Gewährleistung einer sterilen Arbeitsumgebung bei gleichzeitig extrem kompakten Außenmaßen aufgrund restriktiver Raumhöhen.

4.2.1 Grundsätzliches

- (1) Der Auftragnehmer übernimmt zum angebotenen Preis (Punkt 5 Preiszusammenstellung) die Herstellung und Lieferung des Systems sowie sämtliche technische und sonstige Nebenleistungen (samt Lieferung von Zubehör), welche für das komplette, betriebsbereite System erforderlich sind.
- (2) Bei dem zu beschaffenden System handelt es sich um eine Sicherheitswerkbank mit folgenden Eigenschaften / Funktionen:

Spezifische Dimensionen (Sondermaß):

- Innenabmessung Breite x Tiefe x Höhe: 1500 x 781 x 950 mm
- Außenabmessung (Transportabmessungen) Breite x Tiefe x Höhe: 1610 x 790 x 1525 mm



Technische Anforderungen:

- Schutzfunktion: Klasse 2 nach EN 12469, CE-konform
- Luftführung: Laminator-Technologie für einheitliche Strömung (0,28 m/s +/- 10%); Überwachung durch digitale Luftstromsensoren
- Filtersystem: HEPA-H14-Filter (Umluft/Abluft) mit einem Abscheidegrad von 99,995% MPPS nach EN 1822. Filterdicke Hauptfilter: 110 mm
- Ventilation: Digital gesteuertes Mehrfach-Lüftersystem mit automatischer LAF-Reduzierung bei Scheibenschließung

Ausstattung und Ergonomie:

- Fronscheibe: Schräg gestellt, elektrisch betrieben, zu Reinigungszwecken aufklappbar.
- Material: Edelstahl (AISI 304), teilweise beschichtet; segmentierte Arbeitsfläche
- Beleuchtung: Stufenlos dimmbar (0 – 2.000 LUX) für hochpräzises Arbeiten
- Schnittstelle:
 - Je eine Durchführung (Durchmesser 80 mm) in der rechten und linken Seitenwand.
 - Zwei integrierte Steckdosen (1x rechts, 1x links) im Innenraum
- Untergestell: Höhenverstellbar zwischen 750 und 950 mm
- abgesenkte Arbeitsfläche zur Innenraumvergrößerung auf Mindesthöhe von 950 mm; Innenraumtiefe von mind. 780 mm
- Arbeitsfläche abgesenkt, sodass der integrierte 3D-Drucker trotz seiner hohen Arbeitsebene (18 cm) prozesssicher bedient werden kann
- Betriebswerte: Lautstärke < 55dB (A) nach DIN ISO 6081; Netzanschluss 230V / 50

Einbringung und Montage:

Die Lieferung erfolgt in ein Gebäude mit kritischen Maßen. Der Bieter garantiert die Einbringung über folgenden Weg:

- Etage: 4. Obergeschoss
- Aufzug: 960 x 1980 mm (B x H) – Produkt muss ggf. teilerlegt angeliefert werden.
- Treppenhaus: 1000 mm (B)
- Eingangstür zum Laborbereich: 1000 x 1850 mm (B x H)
- Flur: 1720 mm (B) – Rechtwinkliges Abbiegen aus dem Eingangsbereich
- Labortür: 930 x 2090 mm (B x H) - Rechtwinkliges Abbiegen aus dem Flur
- Deckenhöhe: 2.500 mm am Aufstellungsort
- Gewicht: Max. 400 kg inkl. Untergestell



Sämtliche Leistungen müssen sich zwingend in die bestehenden räumlichen und technischen Gegebenheiten einfügen. Bauliche Ertüchtigungen oder Anpassungen am Gebäude (z. B. Türverbreiterungen, statische Maßnahmen, Wanddurchbrüche oder Änderungen an der haustechnischen Anlage / Lüftung) sind seitens des Auftraggebers ausgeschlossen. Der Bieter hat sein Angebot und das Einbringungskonzept so zu kalkulieren, dass die volle Funktionsfähigkeit unter den genannten, unveränderlichen Bedingungen gewährleistet ist.

Inbetriebnahme und Abnahme:

- Aufstellung, Montage und Anschluss am Aufstellungs- / Betriebsort
- Fertigstellung und Abgabe der Betriebsbereitschaftserklärung
- Systemintegration: Einsetzen und Ausrichten des kundenseitigen 3D-Druckers in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit dem Anwender.
- Qualifizierung: Funktionsprüfung und Strömungsmessung gemäß DIN EN 12469 im betriebsbereiten Zustand (mit eingesetztem Drucker).
 - o **Kriterium Ein-/Downflow:** Messung der Geschwindigkeit an einem Rater (min. 6 Messpunkte). Zielwert $0,28 \text{ m/s} \pm 10 \%$.
 - o **Kriterium Filter-Lecktest:** Nachweis der Integrität mit einem Abscheidegrad von $\geq 99,995 \%$.
- Einweisung: Dokumentierte Einweisung des Personals in die Bedienung und einfache Wartung.
- Abnahme: Formelle Abnahme nach erfolgreichem Nachweis der oben genannten Kriterien

(3) Die Erbringung sämtlicher in den Vergabeunterlagen aufgeführter Leistungen übernimmt der Auftragnehmer auf eigene Kosten und Gefahr; dem Auftraggeber entstehen keine zusätzlichen Kosten.

(4) Auch Kosten für Transport, Einbringung, evtl. erforderliche Straßensperrungen, für den evtl. erforderlichen Einsatz eines Hebezeuges / Flurförderers oder etwaiger sonstiger Hilfsmittel und Hilfskonstruktionen (wie Absperrungen, Abstützungen, Flächenschutz, Gerüste etc.), Versicherung, Montagematerial, Schmier- und Hilfsstoffe, Gebühren oder dergleichen sind durch den Auftragnehmer zu tragen / vom Auftragnehmer zu übernehmen.



- (5) Alle verarbeiteten, hygienerelevanten Materialien müssen gegen alle beim Auftraggeber eingesetzten Desinfektions- und Reinigungsmittel auch in konzentrierter Form (Anlieferungszustand) resistent und gegen Korrosion und Feuchtigkeit dauerhaft geschützt sein. Sie müssen leicht zu reinigen sein (siehe Desinfektionsmittelliste UKD als Anlage 3).
- (6) Der Bieter darf nur eine solche Anlage, solche Produkte, Komponenten, Geräte anbieten, welche auch im Hinblick auf den Aufstellungs- / Betriebsort geeignet sind bzw. am vorgesehenen Aufstellungs- / Betriebsort ordnungs- und bestimmungsgemäß sowie voll funktionsfähig betrieben werden können.

4.2.2 Weitere Anforderungen an das Produkt, an Komponenten / Einrichtungen

- (1) Das Produkt, alle Komponenten / Produkte / Einrichtungen usw. müssen nach den Regeln der Technik, den Unfallverhütungsvorschriften, den einschlägigen Normen, den gesetzlichen Bestimmungen usw. in ihrer jeweils aktuellen Fassung sowie unter Beachtung der allgemein gültigen Sorgfaltspflicht entwickelt und hergestellt sein.
- (2) Es ist sicher zu stellen, dass von dem Produkt, den Komponenten / Produkten / Einrichtungen usw. keine unmittelbaren und mittelbaren Gefahren für Beschäftigte oder Dritte ausgehen. Können derartige Gefahren aufgrund des Funktionsprinzips oder des Stands der Technik nicht oder nur teilweise ausgeschlossen werden, ist in den Begleitpapieren, Produktunterlagen und zu den Einweisungen des Personals ausdrücklich auf diese hinzuweisen und Maßnahmen zu ihrer Abwehr oder Milderung anzugeben.
- (3) Für Medizinprodukte gemäß MDR ist das CE-Zeichen nach MDR erforderlich. Der Auftragnehmer hat die Risikoklasse nach MDR anzugeben.
- (4) Aufstellung, Installation / Montage, Anbindung an die zum Betrieb erforderlichen Medien des Produkts, der Komponenten / Einrichtungen usw. haben nach den Regeln der Technik, insbesondere den einschlägigen Normen und Unfallverhütungsvorschriften zu erfolgen.
- (5) Bauteile, Verrohrungen, Verdrahtungen und Beschriftungen müssen europäischen bzw. deutschen Normen und Vorschriften entsprechen. Fremdsprachige Bezeichnungen sind nur dann zulässig, wenn sie allgemein verständlich und üblich sind (z.B. „Reset“).



- (6) Das angebotene Produkt, alle angebotenen Komponenten / Einrichtungen müssen, wenn nicht anders gefordert, neuwertig, d.h. ungebraucht, sein.

4.2.3 Inbetriebnahme, Betriebsbereitschaftserklärung, Probetrieb, Funktionsprüfung(en), Bestandsunterlagen, Einweisung, Abnahme

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, das Produkt entsprechend der vertraglichen Vereinbarungen aufzustellen und dessen Betriebsbereitschaft herzustellen / herbeizuführen; der Leistungsumfang umfasst insbesondere alle hierfür erforderlichen Maßnahmen.
- (2) Der Auftragnehmer hat die Betriebsbereitschaft des Produkts, der Komponenten / Produkte so rechtzeitig vor der förmlichen Abnahme zu erklären, dass eine angemessene Zeit für die gemeinsame Funktionsprüfung verbleibt.
- (3) Im Anschluss an die betriebsfertige Montage und die Betriebsbereitschaftserklärung hat der Auftragnehmer im Beisein des Auftraggebers eine Prüfung der bestimmungs- bzw. vertragsgemäßen Beschaffenheit und Funktionsfähigkeit des Produkts einschließlich Zubehör, der Komponenten / Produkte (Funktionsprüfung), einen Probetrieb, einen Systemeignungstest (herstellerspezifische Prüfung der bestimmungsgemäßen Funktionalität des Gesamtsystems) sowie eine eingehende / grundlegende Einweisung des Bedienungspersonals des Auftraggebers bis zum sicheren Betrieb vorzunehmen (Einweisung nach Absatz (5)). Die insoweit bestehenden gesetzlichen Vorgaben sind mindestens einzuhalten.

Im Rahmen der **Funktionsprüfung** wird das Produkt einschließlich Zubehör, die Komponenten auch auf Mangelfreiheit überprüft.

Über die Beendigung der Funktionsprüfung entscheidet der Auftraggeber. Der Auftraggeber teilt dem Auftragnehmer nach Abschluss oder Abbruch der Funktionsprüfung die festgestellten Mängel (sofern vorhanden) mit und setzt dem Auftragnehmer eine angemessene Frist, die Mängel zu beseitigen. Nach deren Beseitigung hat der Auftragnehmer erneut die Betriebsbereitschaft des Produkts, der Komponenten zu erklären. Der Auftraggeber hat das Recht zur erneuten Funktionsprüfung.

Wenn eine vollständige Behebung von wesentlichen Mängeln nicht möglich ist, ist der Auftragnehmer verpflichtet, das gelieferte Produkt einschließlich Zubehör, die gelieferten Komponenten umgehend aus den Räumlichkeiten des Auftraggebers zu entfernen und alle damit verbundenen Kosten (Demontage, Abtransport, Herrichten der Räume in den vor der Montage befindlichen Zustand usw.) zu übernehmen.



Die gemeinsame Funktionsprüfung am Aufstellungs- / Betriebsort, die der Auftragnehmer schriftlich belegt / protokolliert, ist für den Auftraggeber kostenfrei.

- (4) Bis spätestens zur Abnahme sind dem Auftraggeber die Bedienungsanleitung / Begleitpapiere bzw. Produktunterlagen in deutscher oder englischer Sprache als elektronisches Dokument im PDF-Format unaufgefordert zu übergeben.

- (5) Vor der Abnahme wird durch den Auftragnehmer vor Ort beim Auftraggeber eine vollumfängliche Einweisung des Bedienungspersonals des Auftraggebers (für vier Personen) in die sachgerechte Handhabung und Anwendung sowie in den sachgerechten Betrieb des Produkts, der Komponenten / Produkte durchgeführt und durch diesen schriftlich belegt; dem Auftraggeber entstehen hierbei keine zusätzlichen Kosten.

Die Einweisung muss insbesondere gewährleisten, dass das Produkt, die Komponenten durch das Bedienungspersonal adäquat und ordnungsgemäß betrieben / genutzt werden können.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich zudem, den Auftraggeber bzw. das Bedienungspersonal des Auftraggebers im Umgang mit dem Produkt (z.B. in technischer / wirtschaftlicher Hinsicht) umfassend zu beraten.

- (6) Gegenstand der Abnahme ist das Gesamtprodukt (einschließlich des gesamten zum Betrieb erforderlichen Zubehörs sowie aller Komponenten). Die Abnahme erfolgt förmlich unter Anwesenheit beider Vertragsparteien am Aufstellungs- / Betriebsort.

Voraussetzung für die Abnahme sind:

- Die Erklärung der Betriebsbereitschaft durch den Auftragnehmer.
- Der Nachweis der elektrischen Sicherheit (gemäß DGUV V3 oder vergleichbarer Normen).
- Die erfolgreiche technische Qualifizierung nach folgenden Grenzwerten:
 - **Ein- und Downflow-Geschwindigkeit:** Messung an einem Raster (min. 6 Messpunkte) mit einem Kriterium von $0,28 \text{ m/s} \pm 10 \%$.
 - **Filter-Lecktest:** Nachweis der Integrität mit einem Kriterium von Abscheidegrad $\geq 99,995 \%$.
- Die erfolgreiche Durchführung eines Probetriebes sowie eines Systemeignungstests.
- Die Durchführung der Einweisung gemäß Leistungsbeschreibung.



- Die Übergabe der vollständigen technischen Dokumentation (inkl. Prüfprotokolle).
- Die erfolgreiche Funktionsprüfung auf des Gesamtsystems.

Die Abnahme setzt voraus, dass die Leistungen ohne wesentliche Mängel erbracht wurden. Über die Abnahme wird ein gemeinsames Protokoll erstellt, das von beiden Parteien zu unterzeichnen ist. Dieses ist unverzüglich nach Abschluss per E-Mail an Frau Dr. Anja Lode (E-Mail: anja.lode@tu-dresden.de) zu senden.

Sämtliche Kosten im Zusammenhang mit der Funktionsprüfung, dem Probetrieb, dem Systemeignungstest, der Einweisung und der Abnahme sind in dem Angebotspreis einzukalkulieren; dem Auftraggeber entstehen keine zusätzlichen Kosten.

4.2.4 Einweisung

- (1) Das Angebot muss die vollumfängliche Einweisung des Bedienungspersonals des Auftraggebers (mindestens für vier Personen) in die sachgerechte Handhabung / Anwendung, den sachgerechten Betrieb, in alle Betriebsfunktionen enthalten. Die konkreten Einweisungsinhalte werden / der Einweisungsbedarf wird hierbei vor der Einweisung zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer abgestimmt. Dem Auftraggeber entstehen in diesem Zusammenhang keine zusätzlichen Kosten.
- (2) Die Einweisung (gemäß Pkt. 4.2.4) muss bis zur Abnahme noch nicht zwingend (vollständig) durchgeführt worden / abgeschlossen sein, sondern kann auch nach der Abnahme durchgeführt / abgeschlossen werden.
- (3) Die Einweisung wird durch den Auftragnehmer schriftlich belegt.
- (4) Die Einweisung wird vor Ort beim Auftraggeber durchgeführt.

4.2.5 Weitere Pflichten des Auftragnehmers im Rahmen der Leistungserbringung

- (1) Jedwede Änderungen an dem vertragsgegenständlichen Produkt bzw. Komponenten / Produkten dürfen nur in Übereinstimmung mit dem Auftraggeber vorgenommen werden.
- (2) Im Auftragsfall hat sich der Auftragnehmer eigenverantwortlich über alle örtlichen Gegebenheiten einschließlich Einbringung des Produkts, der Komponenten zu informieren.



- (3) Er hat vor der Lieferung den Einbring- bzw. Transportweg festzulegen, sich von der Nutzbarkeit des Einbring- bzw. Transportweges zu überzeugen und dessen Nutzung mit dem Auftraggeber abzustimmen.
- (4) Aufstellung, Installation / Montage dürfen erst nach Freigabe durch den noch zu benennenden zuständigen Ansprechpartner des Auftraggebers erfolgen.
- (5) Lagerflächen stehen am Leistungsort nur bedingt und nur kurzfristig zur Verfügung. Lagerflächen sind nach Aufforderung des Auftraggebers umgehend zu räumen. Für die Verschließbarkeit der Lagermöglichkeiten hat der Auftragnehmer selbst zu sorgen. Er ist für die Lagerung seiner Materialien, Werkzeuge sowie Geräte in vollem Umfang selbst verantwortlich. Der Auftraggeber haftet nicht für eventuelle Diebstähle oder Beschädigungen der Gegenstände, die der Auftragnehmer für die Durchführung der Leistung erstellt oder lagert.
- (6) Der Auftragnehmer hat alle öffentlichen und nichtöffentlichen Anlagen in Verbindung mit seinem Arbeitsbereich, wie Straßen und Zugänge, Rohrleitungen, Kanäle und Kabel, gegen Beschädigungen zu sichern, bzw. erfolgte Beschädigungen auf seine Kosten zu beseitigen.
- (7) Am Leistungsort ist ständig für Ordnung und Sicherheit zu sorgen. Beräumungen sind ohne weitere Aufforderung durchzuführen. Sollte die Beräumung durch den Auftragnehmer nicht im gewünschten Umfang erfolgen und wird einer dahingehenden Anweisung nicht Folge geleistet, ist der Auftraggeber berechtigt, die Beräumung und die Herstellung von Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit auf Kosten des Auftragnehmers durchführen zu lassen.
- (8) Bei Lieferungen von Subunternehmen ist der Empfang vom Auftragnehmer persönlich zu quittieren. Ebenfalls sind Leistungen, die durch dritte Unternehmen erbracht werden, vom Auftragnehmer selbstständig zu koordinieren und zu vergüten.
- (9) Verpackungsmaterial ist vom Auftragnehmer sofort vom Leistungsort zu entfernen.
- (10) Sämtliche gelieferte Produkte / Komponenten / Produkte / Artikel sind durch den Auftragnehmer durch geeignete Maßnahmen gegen äußere Einflüsse, z.B. durch andere Gewerke, zu schützen.
- (11) Vor der endgültigen Inbetriebnahme müssen durch den Auftragnehmer alle Verpackungen, Schutzfolien, Aufkleber usw. rückstandsfrei entfernt werden.



4.2.6 Einhaltung gesetzlicher Regelungen

Der Auftragnehmer gewährleistet, dass das Produkt bei Abnahme an den Auftraggeber frei von Mängeln und Fehlern ist und garantiert die Einhaltung aller gesetzlicher Regelungen und Sicherheitsbestimmungen.

4.2.7 Mängelhaftung

- (1) Die Sachmängel- und Rechtsmängelhaftung für das Produkt, die gelieferten Komponenten / Produkte richtet sich nach den Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) in der bei Zuschlagserteilung gültigen Fassung.
- (2) Die Verjährungsfrist der Mängelansprüche beginnt mit der erfolgreichen Abnahme der Leistung.

4.2.8 Ersatzteilverfügbarkeit / Nachlieferung

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Ersatzteile zu den an den Auftraggeber gelieferten Produkt für einen Zeitraum von mindestens zehn (10) Jahren nach der Produktionseinstellung vorzuhalten. Die Ersatzteillieferung / -verfügbarkeit muss insofern für mindestens zehn (10) Jahre nach der Produktionseinstellung gewährleistet sein.
- (2) Beabsichtigt der Auftragnehmer, die Produktion von Ersatzteilen für das an den Auftraggeber gelieferte Produkt einzustellen und / oder für das an den Auftraggeber gelieferte Produkt zukünftig keinen Service / Support mehr anzubieten (End of service / End of support), wird er dies dem Auftraggeber unverzüglich nach der Entscheidung über die Einstellung und mindestens zwölf (12) Monate vor der Einstellung der Produktion / vor der Einstellung des Service / Supports schriftlich mitteilen.
- (3) Zwingende Anforderung ist, dass für mindestens zehn (10) Jahre nach Abnahme des voll funktionsfähigen Produkt Hard- und Software-Updates (Update: Mängelbehebung(en) und / oder Störungsbeseitigung(en) sowie ggf. geringfügige funktionale Verbesserungen und / oder Anpassungen) und Hard- und Software-Upgrades (Upgrade: Mängelbehebung(en) und / oder Störungsbeseitigung(en) und mehr als geringfügige funktionale Verbesserungen und / oder Anpassungen) in das angebotene / gelieferte Produktsystem implementierbar sind.



4.2.9 Gefahr- und Kostentragung

Die Erbringung sämtlicher in den „Hinweisen zum Vergabeverfahren und Leistungsbeschreibung“ einschließlich Anlagen und den weiteren Vergabeunterlagen aufgeführter Leistungen übernimmt der Auftragnehmer auf eigene Kosten und Gefahr; dem Auftraggeber entstehen keine zusätzlichen Kosten.

4.2.10 Aufstellungs- / Betriebsort

- (1) Der Aufstellungs- / Betriebsort für das Produkt ist:
Medizinische Fakultät Carl Gustav Carus der TU Dresden, Zentrum für Translationale Knochen-, Gelenk- und Weichgewebeforschung (Haus 111, 4.OG, Raum 4.419), Fiedlerstraße 34, 01307 Dresden.

4.2.11 Termine und Fristen

- (1) Schnellstmöglich,
verbindlicher Termin zur Betriebsbereitschaftserklärung:Kalendarertage nach Zuschlagserteilung (Der verbindliche Termin zur Betriebsbereitschaftserklärung gilt bei Zuschlagserteilung als vertraglich vereinbart!)
- (2) Die Abnahme muss **bis spätestens zum 30. Oktober 2026** erfolgen.
- (3) Die Festlegung eines konkreten Liefertermins / der konkreten Liefertermine erfolgt nach Zuschlagserteilung in Abstimmung mit dem Auftraggeber (Achtung: Zutrittsbeschränkungen).
- (4) Der Auftragnehmer stellt sämtlich für die vertragsgegenständliche Lieferung, Montag und Inbetriebnahme erforderlichen Werkzeuge, Geräte und Hilfsmittel eigenverantwortlich bereit. Dem Auftragnehmer werden zu Durchführung der Leistungen keine Hilfskräfte zur Verfügung gestellt.
- (5) Abnahme ist der Termin, zu dem der Auftragnehmer alle vereinbarten Leistungen erbracht haben muss (insbesondere: Lieferung, Montage / Aufstellung / Installation der Produkte am Aufstellungsort, Inbetriebnahme der Produkte, Betriebsbereitschaftserklärung, Einweisung, Funktionsprüfung, betriebsbereite Abnahme).



- (6) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sich nach Zuschlagserteilung mit dem Auftraggeber zum möglichen konkreten Lieferzeitpunkt zu verständigen und in Abstimmung mit dem Auftraggeber einen detaillierten Terminplan unter Angabe von Einzelterminen (insbesondere inklusive Angaben zu: die Lieferung, Aufstellung, Installation / Montage, Inbetriebnahme, Erklärung der Betriebsbereitschaft, Einweisung, Funktionsprüfung, Probelauf, Systemeignungstest, Schulung, Abnahme, etc.) aufzustellen und mit dem Auftraggeber abzustimmen.
- (7) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich schriftlich zu informieren, wenn Umstände eintreten oder erkennbar werden, nach denen der oben genannte Termin / die oben genannte Frist (Absatz (1)), nicht eingehalten werden kann.

4.2.12 Zahlungsbedingungen / Rechnungslegung

- (1) Die Rechnungslegung (Eingang der Rechnung beim Auftraggeber) kann frühestens nach ordnungsgemäßer, vollständiger und vertragsgemäßer Herstellung und Lieferung, Aufstellung, Montage / Installation, Einweisung sowie betriebsbereiter, mängelfreier und vertragsgemäßer Abnahme des Produkts erfolgen.
- (2) Hinsichtlich der in Pkt. 4.2.2 vereinbarten Schulung kann die Rechnungslegung frühestens erfolgen, wenn diese vollständig und vertragsgemäß durchgeführt wurde / abgeschlossen ist.
- (3) Die Rechnungen müssen hinsichtlich des erbrachten Leistungsumfangs eindeutig und nachvollziehbar sein, die vollständige Vergabe – und SAP-Bestellnummer des Auftraggebers ausweisen sowie einen Bezug zum Lieferdatum enthalten. Anderenfalls ist der Auftraggeber berechtigt, die Rechnung zurückzuweisen.
Des Weiteren sind gegebenenfalls gewährte Rabatte, Skonti sowie die gesetzliche Umsatzsteuer gesondert aufzuführen.



- (4) Die Rechnungen sind im Original zu senden an:

Rechnung per E-Mail:	Archiviertes Format (E-Mail mit PDF, ZugFerd) unter invoicing@uniklinikum-dresden.de (bilaterale Vereinbarung erforderlich)
Rechnung schriftlich:	Universitätsklinikum Dresden Zentrale Eingangsrechnungsprüfung Fetscherstraße 74 01307 Dresden

Als Rechnungseingangsdatum ist das Posteingangsdatum bei der Zentralen Eingangsrechnungsprüfung definiert.

- (5) Die Zahlungsfrist beträgt 30 Tage nach Zugang einer ordnungsgemäßen und prüffähigen Rechnung beim Auftraggeber.
- (6) Erfolgte Zahlungen bedeuten keine Anerkennung der Lieferung / Leistung als vertragsgemäß.

4.2.13 Verschwiegenheitsverpflichtung und Schutz personenbezogener Daten

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, über alle im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit erworbenen Kenntnisse von geschäftlichen und betrieblichen Angelegenheiten des Auftraggebers sowie ihm zur Kenntnis gelangten personenbezogenen Daten von Mitarbeiter*innen des Auftraggebers und Patient*innen während der Vertragsabwicklung und auch nach Beendigung dieses Vertrages Stillschweigen zu bewahren und erlangte Informationen vertraulich zu behandeln. Der Auftragnehmer wird seine Mitarbeiter*innen, Unterauftragnehmer und Lieferanten bzw. alle mit der Erbringung des Auftrags befassten Personen entsprechend verpflichten.
- (2) Der Auftragnehmer darf personenbezogene Daten der Mitarbeiter*innen des Auftraggebers ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der durch diesen Vertrag begründeten Hauptleistungs-, Nebenleistungs- und Schutzpflichten verarbeiten. Der Auftragnehmer wird seine



Mitarbeiter*innen, Unterauftragnehmer und Lieferanten bzw. alle mit der Erbringung des Auftrags / der Einzelaufträge befassten Personen entsprechend verpflichtet.

4.2.14 Schlussbestimmungen

- (1) Es gelten ergänzend die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Universitätsklinikums Carl Gustav Carus Dresden an der TU Dresden (Anlage 1), die Bestimmungen der Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen („VOL/B“; in der Fassung vom 05. August 2003), welche durch die Zusätzlichen Vertragsbedingungen für Liefer- und Dienstleistungsaufträge des Universitätsklinikums Carl Gustav Carus Dresden an der TU Dresden (Anlage 2) ergänzt / konkretisiert werden, sowie wiederum ergänzend die Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) in der bei Zuschlagserteilung gültigen Fassung. Die in den „Hinweisen zum Vergabeverfahren und Leistungsbeschreibung“ nebst Anlagen getroffenen Regelungen gehen den ergänzend einbezogenen Regelungen vor, welche dementsprechend nur gelten, sofern den „Hinweisen zum Vergabeverfahren und Leistungsbeschreibung“ nebst Anlagen nichts Anderes vereinbart ist (nachrangige Geltung).
- (2) Die durch diesen Vertrag begründeten Rechte und Pflichten des Auftragnehmers dürfen nach der Zuschlagserteilung nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers auf einen Dritten (z.B. Subunternehmer) übertragen werden.
- (3) Die allgemeinen Geschäfts-, Liefer- und Zahlungsbedingungen sowie sonstige vorformulierte Vertragsbedingungen des Auftragnehmers werden ohne ausdrückliche schriftliche Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien nicht Vertragsbestandteil. Dies gilt auch dann, wenn sich der Auftragnehmer im zukünftigen Geschäftsverkehr darauf bezieht oder darauf hinweist.
- (4) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, über alle im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit erworbenen Kenntnisse von geschäftlichen und betrieblichen Angelegenheiten des Auftraggebers sowie ihm zur Kenntnis gelangten personenbezogenen Daten von Mitarbeiter*innen des Auftraggebers und Patient*innen während der Vertragsabwicklung und auch nach Beendigung dieses Vertrages Stillschweigen zu bewahren und erlangte Informationen vertraulich zu behandeln. Der Auftragnehmer wird seine Mitarbeiter*innen, Unterauftragnehmer und Lieferanten bzw. alle mit der Erbringung des Auftrags befassten Personen entsprechend verpflichtet.



- (5) Der Auftragnehmer darf personenbezogene Daten der Mitarbeiter*innen des Auftraggebers ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der durch diesen Vertrag begründeten Hauptleistungs-, Nebenleistungs- und Schutzpflichten verarbeiten. Der Auftragnehmer wird seine Mitarbeiter*innen, Unterauftragnehmer und Lieferanten bzw. alle mit der Erbringung des Auftrags befassten Personen entsprechend verpflichten.
- (6) Mündliche Nebenabreden sind nicht getroffen. Änderungen, Ergänzungen und Nebenabreden zu den vertraglichen Regelungen (betrifft sämtliche in den Vergabeunterlagen getroffenen vertraglichen Regelungen) bedürfen der Schriftform und sind von beiden Vertragspartnern, d. h. ausschließlich von den jeweils dort vertretungsberechtigten Personen, zu unterzeichnen. Sie müssen ausdrücklich als Vertragsänderungen bzw. Vertragsergänzungen bezeichnet sein. Dies gilt auch für die Abänderung des Schriftformerfordernisses selbst.
- (7) Sollten einzelne Klauseln oder Bestimmungen dieses Vertrages (betrifft sämtliche in den Vergabeunterlagen getroffenen vertraglichen Regelungen) ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden oder weist dieser Vertrag Lücken auf, so wird hierdurch die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen nicht berührt. Für diesen Fall verpflichten sich die Parteien, anstelle der unwirksamen Bestimmung rückwirkend eine wirksame Bestimmung zu vereinbaren, welche dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung möglichst nahekommt. Im Falle einer Lücke werden sie eine Bestimmung vereinbaren, die dem entspricht, was nach Sinn und Zweck dieses Vertrages vereinbart worden wäre, wenn die Angelegenheit bedacht worden wäre. Hilfsweise gelten die Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB).
- (8) Es gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss der Normen, die in eine andere Rechtsordnung verweisen sowie unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG).
- (9) Ausschließlicher Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertrag etwaig ergebenden Streitigkeiten ist Dresden, soweit nicht ein ausschließlicher gesetzlicher Gerichtsstand besteht.

5 Preiszusammenstellung

Artikel/Bezeichnung	Menge / Einheit	Preis netto
„Mikrobiologische Sicherheitswerkbank“ (Ausstattung gemäß Leistungsbeschreibung)	1 Stück €
Sonstige Leistungen (insb. Planung, Konstruktion, Lieferung, Einbringen sowie die betriebsfertige Montage / Einbau / Aufstellung, Anbindung an die zum Betrieb erforderlichen (gebäudetechnischen) Medien; Inbetriebnahme; Erklärung der Betriebsbereitschaft; Funktionsprüfung(en); Probelauf; Systemeignungstest; Einweisung; Abnahme;)	pauschal €
Schulung (nach Punkt 4.2.4)		
Netto-Summe	 €
Rabatt %	 €
Rabattierte Netto-Summe	 €
Umsatzsteuer %	 €
Brutto-Summe	 €
Skonto % /Tage	 €
Brutto-Zahlbetrag	 €

Hinweis: Wird für einzelne Positionen / Leistungen kein Entgelt / keine Vergütung verlangt, ist dies eindeutig im Angebot / in der Preiszusammenstellung zu vermerken, z. B. durch Eintragung von „0“, „0,00“, „-“ oder „inklusive“.



Hinweis: Die in den Vergabeunterlagen verwendeten Texte, Pläne, ggf. grafischen Gestaltungen sind urheberrechtlich geschützt und dürfen nicht ohne Zustimmung des Urhebers bzw. Nutzungsberechtigten für andere Zwecke oder Ausschreibungen verwendet werden. Sollten Sie Teile hiervon verwenden wollen, wenden Sie sich vorher unbedingt an die in den Unterlagen näher bezeichnete Vergabestelle. Diese wird dann gegebenenfalls den Kontakt zum Urheber oder Nutzungsberechtigten herstellen.

Ort, Datum

Vollständige Bezeichnung des Bieters

Rechtsform des Bieters

Anschrift des Bieters

Name des / der erklärenden Mitarbeiters /
Mitarbeiterin; des Vertreters / der Vertrete-
rin des Bieters

6 Auflistung der Anlagen zur Leistungsbeschreibung

- Anlage 1 - Allgemeine Geschäftsbedingungen des Universitätsklinikums Carl Gustav Carus Dresden an der TU Dresden (AGB UKD)
- Anlage 2 - Zusätzliche Vertragsbedingungen für Liefer- und Dienstleistungsaufträge des Universitätsklinikums Carl Gustav Carus Dresden an der TU Dresden (ZVB UKD)
- Anlage 3 – Desinfektionsmittelliste